

**Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin
IV. Wahlperiode**

Vorlage zur Beschlussfassung Aktueller Initiator: Bezirksamt Mitte von Berlin Ursprungsdrucksachenart: Vorlage zur Beschlussfassung, Ursprungsinitiator: Bezirksamt Mitte von Berlin	Drucksachen-Nr: 2191/IV Ursprungs-Datum: 10.06.2015 Aktuelles Datum:		
Aufgabe des Standortes der Jugendverkehrsschule Bremer Str. 10, 10551 Berlin			
Beratungsfolge:			
<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	<i>Sitzung</i>	<i>Ergebnis</i>
18.06.2015	BVV Mitte	BVV-M/0041/IV	

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

(Text siehe Rückseite)

Fraktionsexemplar liegt vor

Ergebnis

- beschlossen
- beschlossen mit Änderung
- abgelehnt / i.d. Sache erl.
- zurückgezogen
- überwiesen in den _____

_____ (federführend)

Bezirksverordnetenversammlung
Mitte von Berlin

Drucksache Nr.
2191/IV

Vorlage – zur Beschlussfassung –

über **Aufgabe des Standortes der Jugendverkehrsschule Bremer Str. 10, 10551 Berlin**

Die Bezirksverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Der im Bezirk Mitte, Ortsteil Moabit und im Fachvermögen des Schul- und Sportamtes befindliche Standort der Jugendverkehrsschule Bremer Str. 10 wird mit Ablauf des Schuljahres 2104/15 aufgegeben. Die Beschlussfassung erfolgt in Umsetzung des bezirklichen Konsolidierungskonzeptes.

A) Begründung:

Zur Begründung wird auf das bezirkliche Konsolidierungskonzept und das beigefügte Infrastrukturkonzept verwiesen.

B) Rechtsgrundlage:

§ 36 i.V.m. § 12, Abs. 2, Nr. 10 Bezirksverwaltungsgesetz

C) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

- a) Abgabe des Grundstückes Bremer Str. 10:
Entlastung von bw- und buw-Kosten in Höhe von ca. € 30.000
(Basis: Ist-Kosten des Infrastrukturkostenträgers 2014)
- b) Ertüchtigung des Standortes Gottschedstraße:
keine – die Sanierung erfolgt im Rahmen vorhandener Haushaltsmittel der laufenden baulichen Unterhaltung und die Ausweitung des Angebotes im Rahmen vorhandener Haushaltsmittel der Lehr- und Lernmittel

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

Berlin, den

Bezirksbürgermeister Dr. Hanke

Bezirksstadträtin Smentek